

## Beantwortung der Wahlprüfsteine Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. DVPB zur Landtagswahl 2023

### 1. Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach an allen Schulformen einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?

Ja, denn an Schulen haben wir die Chance, jedes Kind, jeden Jugendlichen und jeden jungen Erwachsenen systematisch mit politischer Bildung zu erreichen, so dass sie Demokratie in schulischen Zusammenhängen aktiv erlernen können. Politisch-demokratische Bildung bedarf in allen Schulformen einer Stärkung.

Wir sind der Ansicht, dass die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft, und dazu gehören für uns vor allem die Themen Nachhaltigkeit und Demokratie, angemessen in den Lehrplänen berücksichtigt, diese aber auch auf Kohärenz, Konsistenz und Redundanzen überprüft werden müssen.

„Politik und Wirtschaft“ (PoWi) als Leitfach der politischen Bildung wollen wir dadurch stärken, dass es zwingend bis zum jeweiligen Schulabschluss fortgeführt werden muss. Außerdem halten wir eine Aufwertung dieses Fachs in den Stundentafeln der Bildungsgänge der Haupt- und Realschule und auch die Neukonzeption eines entsprechenden Lehrplans in der Berufsschule für notwendig.

Themengebundene fächerübergreifende Projekte, die komplexe politische Sachverhalte behandeln, sollen in einzelnen Jahrgangsstufen verpflichtend durchgeführt werden. Die ausschließliche Verankerung der Berufsorientierung an Gymnasien im Fach „PoWi“ halten wir für falsch und werden die politische Bildung an Gymnasien dadurch stärken, dass wir den Aspekt der Berufsorientierung ausgliedern und im Fach Arbeitslehre bündeln, dass wir an den Gymnasien wiedereinführen.

### 2. Wie wollen Sie die Unterrichtsversorgung mit fachlich ausgebildeten Lehrkräften sicherstellen?

Die Fächer der politischen Bildung (Erdkunde, Geschichte, PoWi) werden in Hessen in hohem Maß fachfremd unterrichtet. Nach Schulform und Klassenstufe schwankte dies in den letzten Jahren zwischen 20% und 80% des Unterrichts. Auch Lehrkräfte, die nicht PoWi unterrichten, verfügen häufig über wenig Hintergrundwissen.

Der Lehrkräftebedarf übersteigt seit Jahren bekanntermaßen die Ausbildungskapazitäten sowohl in der ersten wie in der zweiten Phase. Wir wissen, dass wir dringend mehr Lehrkräfte und vor allem mehr Lehrkräfte mit fachlicher Qualifikation in allen Schularten brauchen. Die schwarzgrüne Regierung, die wir im Oktober ablösen wollen, hat es nicht geschafft, bedarfsdeckend auszubilden und den Lehrkräftebedarf zudem noch schöngeredet. Wir wollen den Lehrkräftebedarf ernsthaft ermitteln, jährlich überprüfen und in Lehrämtern, in denen der Mangel besonders gravierend ist, über Bedarf ausbilden, und die Fort- und Weiterbildungskapazitäten ausbauen. Außerdem wollen wir verstärkt in die berufsbegleitende Qualifizierung von Quereinsteiger\*innen investieren und diejenigen, die bereits als Vertretungslehrkräfte zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung an den Schulen eingestellt sind, mit einer Lehrbefähigung ausstatten und entfristen. Um den Quereinstieg dauerhaft zu verstetigen, bräuchte es länderübergreifende Standards für die Zugangsberechtigung, Qualifizierung und Qualitätssicherung.

Darüber hinaus wollen wir Anreize zum Studium durch ein Hessen-Stipendium für Berufe mit dauerhaftem Fachkräftemangel (u.a. Lehrer\*innen) setzen und den Rechtsanspruch auf das Masterstudium nach dem Bachelor-Erwerb einführen.

**3. Planen Sie Schritte, um die universitäre Lehrkräftebildung für das Fach Politik und Wirtschaft wie auch für das Fach Sachunterricht mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt zu stärken?**

Wir wollen die Studiendauer für alle Lehrämter auf 10 Semester erhöhen, um sowohl fachliche als auch didaktische Stärkungen vorzunehmen. Inklusive Grundkompetenzen, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Medienkompetenz werden bisher nicht hinreichend abgebildet. Dies soll insbesondere Politik und Wirtschaft als auch den Sachunterricht stärken.

**4. Planen Sie hierzu die Angleichung der Studiendauer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen an die Studiendauer für das gymnasiale Lehramt?**

Die Arbeit aller Lehrkräfte ist zwar nicht gleich, aber gleichwertig. Wir wollen Hierarchien abbauen, die Studiendauer aller Lehrämter auf 10 Semester festschreiben und alle Lehrkräfte als Einstieg nach A13 bezahlen. Der von der SPD-Landtagsfraktion im Juni 2019 vorgelegte Gesetzentwurf zur Modernisierung der Lehrkräftebildung in Hessen (HLbMG) - Drucksache 20/790 - sah nicht nur die Angleichung der Studiendauer, sondern auch die Umstellung des Lehramtsstudiums auf akkreditierte gestufte Lehramtsstudiengänge mit universitären Bachelor- und Masterabschlüssen vor.

**5. Planen Sie Schritte, um die zweiten Phase der Lehrkräftebildung (Referendariat) für das Fach Politik und Wirtschaft zu stärken? Falls ja, welche?**

Nicht für das Fach speziell, aber wir wollen den Praxisbezug grundsätzlich stärken. Das Praxissemester im Lehramtsstudium wollen wir vergüten und sicherstellen, dass jede Schule mindestens zwei Lehrkräfte in den Vorbereitungsdienst (LiVs) aufnehmen kann, ohne dass diese auf die schulischen Wochenstunden angerechnet werden. Insgesamt soll der Vorbereitungsdienst weniger zergliedert und stärker auf die persönliche Entwicklung fokussiert sein.

**6. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe in der ersten Phase der Lehrkräftebildung stärken? Soll es dazu einen verpflichtenden „bildungswissenschaftlichen Studienanteil“ geben?**

Ja, das sollte es. Demokratiebildung ist eine (hoch)schulische Querschnittsaufgabe, die in allen Phasen der Lehrkräftebildung gestärkt werden muss, auch als Teil von Bildungswissenschaften. Demokratiebildung ist ein Querschnittsthema, das alle Lehrkräfte verpflichtend besuchen müssen.

**7. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als Aufgabe aller Lehrkräfte systematisch in die zweite Ausbildungsphase integrieren?**

Demokratiebildung ist über den (politischen) Fachunterricht hinaus Aufgabe für jede angehende Lehrkraft. Die Studienseminare für alle Lehrämter haben Konzepte zu entwickeln, um die künftige Lehrkräfte auf die wichtige Aufgabe professionell vorzubereiten. Sie müssen sich im Rahmen des Vorbereitungsdienstes mit Fragen der Demokratiebildung befassen, eigene Erfahrungen und Haltungen im Sinne einer Sensibilisierung reflektieren und ihr professionelles Handlungs- und Unterrichtsrepertoire erweitern. Beispielsweise die Klassensprecherwahl zu Beginn eines Schuljahres muss souverän gemäß den Wahlrechtsgrundsätzen von allen Lehrkräften durchgeführt werden können.

**8. Wie gedenken Sie, Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe an Schulen – beispielsweise über die Qualifizierung der Schulleitungen oder über eine Schaffung von Kapazitäten in den Stundentafeln der Lehrkräfte – zu stärken?**

Wir streben eine Verknüpfung des Fachs PoWi mit der geschichtlichen und geographischen Bildung an und wollen Schulen, die PoWi, Geschichte und Erdkunde als ein Hauptfach konzentriert anbieten, mit den notwendigen Konzeptionen unterstützen und dafür entsprechende Fortbildungen und Qualifizierungen für Lehrkräfte und Schulleitungen organisieren.

Darüber hinaus gilt es das gesamte pädagogische Personal an Schulen dafür zu sensibilisieren, dass Demokratiebildung nicht nur im PoWi-Unterricht stattfindet, sondern ebenso im Rahmen der Schülervvertretung und Schulinnenpolitik sowie bei Alltagsentscheidungen in jedem Unterricht (z.B. demokratische Entscheidungen über das Ausflugsziel oder das Gericht, dass gemeinsam gekocht wird).

**9. Demokratiebildung ist nur dann möglich, wenn dafür Zeit zur Verfügung gestellt wird. Planen Sie, die Stundentafeln künftig so zu gestalten, dass Klassenratssitzungen abgehalten, andere Formen der Mitbestimmung ausgeübt und mehr Kooperationen mit außerschulischen Institutionen durchgeführt werden können?**

Wir wollen eine Schule, die allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird, in der sie zu überzeugten Demokrat\*innen heranwachsen, indem sie Demokratie selbst praktizieren. Damit muss möglichst früh begonnen werden. Es muss ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, um Klassenratssitzungen abzuhalten oder Klassensprecher\*innenwahlen durchzuführen, aber auch um über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Wir sind für die rechtliche Stärkung für Schüler\*innen in Form einer Drittel-Parität zwischen Lehrkräften, Eltern und Schüler\*innen in der Schulkonferenz. Außerdem möchten wir Schülervvertretungen stärken, indem wir Informationen zu den Möglichkeiten und Formen der Beteiligung von Schülerinnen und Schülern auf den unterschiedlichen Ebenen verpflichtend im Unterricht verankern. Wir befürworten eine Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung und -mitbestimmung auch auf kommunaler Ebene, die im Schulalltag verankert werden muss.

Wir wollen die politische Bildung im Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch verankern, um sie so aufzuwerten und haben uns mit mehreren Gesetzentwürfen dafür stark gemacht, auf allen Ebenen ein Wahlrecht mit 16 Jahren einzuführen.

Wir sagen auch ganz deutlich: Schulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern Lern- und Lebensorte, an denen soziale Kompetenzen der Schüler\*innen gestärkt werden müssen. Dafür sind außerschulische Begegnungen, Austausch und Bildungsangebote wertvolle Bausteine. Wir wollen nicht nur bestehende Gedenkstätten weiter fördern, sondern mit neuen Bildungs- und Gedenkorten an weitere Opfer von Nationalsozialismus und Menschenhass heute sowie an Widerstandskämpferinnen und -kämpfer erinnern.

Politische Bildung findet bei einer Vielzahl von öffentlichen und freien Trägern und deren Bildungseinrichtungen statt. Die politische Jugendbildung ist zwar nach dem SGB in erster Linie eine kommunale Aufgabe, aber das bedeutet nicht, dass das Land keine Verantwortung hat. Im Gegenteil: Wir sind überzeugt, dass das Land die Kooperationen fördern und Kommunen mit finanziellen Mitteln, u.a. über die Landeszentrale, unterstützen kann und finden, dass es zu ganz praktischen pädagogischen Arbeit in Bildungseinrichtungen gehört, Fachleute einzuladen oder praktische Aktivitäten, wie etwa Parlamentsbesuche, durchzuführen.

**10. Wie planen Sie Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Hessen leisten?**

Die gute Arbeit von zivilgesellschaftlichen Partnern vor Ort muss größere Anerkennung finden und der Austausch mit Forschungsinstitutionen, wie dem Fritz-Bauer-Institut, intensiviert werden. Wir wollen unter anderem eine digitale Plattform der Hessischen Erinnerungskultur schaffen, um den Austausch zu fördern und Angebote besser sichtbar zu machen. Aus Sicht der SPD müssen die Herausforderungen, denen sich die heutige Demokratie stellen muss, breit diskutiert werden, um echte gesellschaftliche Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

Kommunen und gemeinnützige Träger werden wir unterstützen, um das breite Angebot der Volkshochschulen und überhaupt der Erwachsenen- und Weiterbildung zu erhalten und auszubauen, aber auch neue digitale Angebote zu schaffen. Niedrigschwellige Sprachfördermaßnahmen und die Angebote der Grundbildung sollen ebenso wie die politische Bildung weiter ausgebaut werden.

Wir werden die Vernetzung schulischer und außerschulischer Bildungsangebote auf Augenhöhe stärken und die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen ermöglichen. Ehrenamtliches Engagement von Schülerinnen und Schüler schätzen wir wert. Es soll künftig in Zeugnissen Berücksichtigung finden.

**11. Bei den Förderprogrammen gibt es eine deutliche Überbewertung und Steigerung öffentlicher Mittel zugunsten von Extremismus präventiven Maßnahmen. Dagegen stagnieren die Mittel für die allgemeine Politische Bildung seit Jahren. Sehen Sie hier Handlungsbedarf, insbesondere mit Blick auf ein mögliches Hessisches Demokratiefördergesetz?**

Ja, den sehen wir und wir wollen deshalb ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen. In Zeiten, in denen unsere Demokratie von verschiedenen Seiten angegriffen wird, müssen Förderprogramme zur Extremismusprävention auskömmlich finanziert werden. Dies stellt aus unserer Sicht jedoch keinen Widerspruch zu einer angemessenen finanziellen Ausstattung der allgemeinen politischen Bildung dar – vielmehr geht es hierbei darum, ganzheitliche Konzepte zu erdenken, die sowohl Extremismus bekämpfen, als auch allgemeine politische Bildung vermitteln.

Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe, die in allen Bildungsinstitutionen verankert und letztlich verlässlich finanziert werden muss. Wir wollen vor diesem Hintergrund nicht nur bestehende Gedenkstätten weiter fördern, sondern mit neuen Bildungs- und Gedenkorten an weitere Opfer von Nationalsozialismus und Menschenhass von heute sowie an mutige Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aus der Vergangenheit erinnern.

**12. Welche Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?**

Die Landeszentrale für politische Bildung ist für uns ein zentraler Akteur bei der Vermittlung politischer Bildung. Um ihre wichtige Funktion wahrzunehmen, benötigt sie ausreichende personelle und sachliche Ressourcen. Vor diesem Hintergrund haben wir zuletzt in Hinblick auf den Doppelhaushalt 2023/2024 beantragt, die Landeszentrale sowohl mit neuen Stellen als auch Finanzmitteln auszustatten. Diesen Weg gehen wir in Regierungsverantwortung konsequent weiter. Unser Ziel ist dabei insgesamt, die Landeszentrale für politische Bildung nachhaltig zu stärken, einen weiteren Standort auch außerhalb des Rhein-Main-Gebietes zu etablieren und ihre Angebote für eine digitale Öffentlichkeit zeitgemäß weiterzuentwickeln. Kleine und mittlere Gedenkstätten wollen wir stärken und haben hierfür bereits in der

Vergangenheit zusätzliche Haushaltsmittel beantragt. In der kommenden Wahlperiode soll außerdem eine Anhörung im Hessischen Landtag zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit durchgeführt werden.